

Kürzungshaushalt stoppen!

Für einen Haushalt nach Bedarf der Berlinerinnen und Berliner!

Am 10. Dezember soll der Haushalt des Landes Berlins beschlossen werden. Der Haushalt setzt die katastrophale Kürzungspolitik in den Bezirken fort. Seit 2001 wurden hier 25.000 Stellen gestrichen. Das führte zu enormen Personalengpässen. Fünf Monate Wartezeit für die Bearbeitung des Wohngeldantrags, ist in Bezirken wie Neukölln oder Friedrichshain-Kreuzberg zur Regel geworden. Mit dem neuen Haushalt sollen weitere 8500 Stellen im öffentlichen Dienst abgebaut und dadurch 340 Millionen Euro eingespart werden. Obwohl die Löhne der KollegInnen seit Jahren nicht substantiell gestiegen sind, sieht auch der neue Haushalt keine Lohnerhöhungen vor. Die Hilfen zur Erziehung werden auf der Höhe des Jahres 2008 eingefroren. Für viele Bezirke bedeutet das das Aus für Jugendclubs oder deren Privatisierung.



Erfolg in Berlin-Mitte

Ein wichtiger Erfolg konnte im November in Berlin-Mitte durchgesetzt werden. Hier wurde der Haushalt, der massive Kürzungen bei Jugendclubs, der Kältehilfe, Senioreneinrichtungen,

Bibliotheken und anderen Einrichtung vorgesehen hätte, abgelehnt. Das war möglich durch die regelmäßigen Proteste vieler Jugendliche und SozialarbeiterInnen, die von der Bezirksverordneten Anne Engelhardt (Mitglied der SAV und der Fraktion DIE LINKE) gemeinsam mit dem „Bündnis zur Rettung der Kinder- und Jugendarbeit in Mitte“ organisiert wurden. Durch die Ablehnung des Haushalts werden erst einmal keine Kürzungen wirksam. Das Beispiel Berlin-Mitte zeigt, dass sich Kämpfen lohnt. Der Bezirk wird nun vorerst unter Zwangsverwaltung des Landes Berlins gestellt. Das ist auch so in Pankow bereits geschehen. Die Zwangsverwaltung ist kein Zustand, der dauerhaft aufrecht zu erhalten ist. Unmittelbar sorgt er aber dafür, dass die Kürzungen nicht umgesetzt werden und dass der Senat als Verantwortlicher für die Kürzungspolitik nun Rede und Antwort stehen muss. Bisher

konnte das Bezirksamt mit seinen Kürzungsplänen immer auf den Senat verweisen und der Senat versuchte, die Schuld dem Bezirk zuzuschieben.

Kein Geld da?

Sowohl die Bezirksämter als auch der Senat erzählen uns, dass leider einfach kein Geld da sei, um alle Jugendclubs, Bibliotheken, mehr Stellen und höhere Löhne zu finanzieren. Das erzählt uns ein SPD-LINKE-Senat, der dafür sorgte, dass das Land Berlin 200 Millionen zur Rettung der Bankbesitzer beisteuerte!

Wofür offensichtlich im neuen Haushalt Geld da ist:

- Bau der Justizvollzugsanstalt Heideering: 118,5 Mio. Euro
- Neue blaue Dienstkleidung für die Polizei: 11 Mio. Euro
- Mehr Geld für hauptstadtbedingte Sicherheitsmaßnahmen: über 20 Mio. Euro
- Internationale Gartenausstellung 2017 in Tempelhof: mindestens 13,5 Mio. Euro
- Sanierung des ICC: insgesamt 182 Mio. Euro
- Erhöhung der Diäten um 282 Euro für jeden Abgeordneten zum 1.1.2010

Wir zahlen nicht für die Krise

- Der Berliner Haushalt muss abgelehnt werden!
- Erhalt aller Kinder- und Jugendeinrichtungen
- Erhalt aller Clubs und aller Stellen
- Keinerlei Kürzungen bei Sozialem, Bildung und Gesundheit
- 200 Millionen zusätzlich vom Land Berlin an die Bezirke um Kinder- und Jugendarbeit auszubauen: Jedem Kiez seinen Jugendklub
- Erhalt aller Jugendklubs in kommunaler Trägerschaft – keine Privatisierung
- Rücknahme des Stellenabbaus seit 2001: Schaffung von 25.000 zusätzlichen Stellen im öffentlichen Dienst
- Substantielle Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst
- Für einen Haushalt nach dem Bedarf der Bevölkerung und nicht gemäß den Kürzungsvorgaben

Gemeinsamer Widerstand

- Für eine berlin- und bundesweite Bewegung gegen die Kürzungen
- Gemeinsame Gegenwehr gegen die nach der Bundestagswahl drohende Welle von Entlassungen und „Agenda 2020“
- Für die Vorbereitung eines ein-tägigen Generalstreik, um den drohenden Generalangriff nach der Wahl zurück zu schlagen.

Wir zahlen nicht für die Krise:

- Geld für Bildung und Soziales statt für Banken. Millionärssteuer jetzt.
- Verstaatlichung der Banken und Konzerne bei demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung.

Mit diesen Mitteln könnten alle Jugendeinrichtungen erhalten bleiben und neues Personal in den Bezirken eingestellt werden.

Während der SPD-LINKE-Senat im Sozialen weiter kürzt, werden die

Zinszahlungen an die Banken offensichtlich nicht in Frage gestellt. So wird im Haushalt geplant, 2010 2,3 Milliarden Euro allein an Zinszahlungen an die Banken zu zahlen. Um 51 Euro nehmen die Schulden in Berlin pro Sekunde zu. Doch anstatt eine Einstellung der Zinsen oder eine Verstaatlichung der Banken in Erwägung zu ziehen und die Menschen in der Stadt für solche Forderungen zu mobilisieren, kürzt der Senat lieber bei uns Jugendlichen und Lohnabhängigen.

Der Senat verweist immer auf fehlende Gelder des Bundes. Die oben genannten Beispiele machen deutlich, dass der Senat selbst eine andere Politik betreiben könnte. Trotzdem ist auch richtig, dass die Politik der schwarz-gelben Bundesregierung die Probleme weiter verschärft. So würde das Wachstumsbeschleunigungsgesetz dazu führen, dass dem Land weitere Einnahmen aus der Erbschaftssteuer wegbrechen.

Die kapitalistische Krise führt bereits jetzt in Berlin zu Steuerausfällen in Höhe von zwei Milliarden Euro. Eine Verschärfung der Krise und weitere Kürzungen durch schwarz-gelb wird zu noch größeren Steuerausfällen und Haushaltslöchern führen.

Wer soll dafür bezahlen?

Die entscheidende Frage lautet: Wer soll für die Krise zahlen? Wir Jugendliche, Lohnabhängige, Senioren und Erwerbslose oder die Reichen und Vermögenden? Der Fraktionsvorsitzende der Partei DIE LINKE im Berliner Abgeordnetenhaus Udo Wolf, plädiert dafür, neue Schulden zu machen. Doch wer soll für die Zahlung der Schulden aufkommen? Die SAV tritt stattdessen dafür ein, das Geld bei den Reichen und Kapitalbesitzern zu holen. Wir fordern Millionärssteuern: Eine Vermögensteuer von 10 Prozent ab einem Besitz von 500.000 Euro würde jährlich 200 Milliarden Euro bringen. Die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung in Deutschland besitzen über 60 Prozent der Ge-

samtvermögens. (wipo.verdi.de)

Wenn aufgrund der kapitalistischen Krise Einnahmen wegbrechen, dann spricht das nicht gegen Jugendclubs und soziale Einrichtungen, sondern gegen den Kapitalismus, in dem Profite im Mittelpunkt stehen.

Für einen bedarfsgerechten Haushalt

Wir setzen uns für einen Haushalt nach dem Bedarf der Berlinerinnen und Berliner ein.

Das bedeutet beispielsweise:

- 200 Millionen Euro mehr landesweit für Kinder- und Jugendhilfe
- Rücknahme des Stellenabbaus seit 2001: Schaffung von 25.000 zusätzlichen Stellen im öffentlichen Dienst
- Substantielle Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst
- Ausreichend Mittel für die Bezirke, um Grünanlagen, Bibliotheken, Kältehilfe, Senioreneinrichtungen etc zu finanzieren.

Ein solcher Haushalt nach Bedarf sollte von Betroffenen aus den Einrichtungen, den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, Gewerkschaften und Vertretern der Allgemeinheit aufgestellt werden.

Ein Bedarfshaushalt würde sich nicht an den Kürzungsvorgaben, sondern an den Notwendigkeiten und Bedürfnissen der Menschen orientieren. Ausgehend von einem bedarfsgerechten Haushalt müsste ein gemeinsamer Kampf für mehr Geld vom Bund und Land geführt werden.

Viele andere Kommunen sind ebenfalls von massiven Kürzungen betroffen. Und auch die schwarz-gelbe Bundesregierung plant weitere Kürzungen im Gesundheitswesen und anderen Bereichen.

Wichtige Termine für den gemeinsamen Widerstand gegen kommunale Kürzungen, Sozialabbau durch schwarz-gelb und Entlassungen werden die bundesweiten Demonstrationen, die das Bündnis „Wir zahlen nicht für eure Krise“ am 12. Juni 2010 organisieren wird.

Nächster Berliner Termin:

Demonstration gegen den Berliner Kürzungshaushalt am 09. Dezember 09 um 17 Uhr am Roten Rathaus.

LINKE raus aus dem Senat - Rein in den Widerstand

Während LINKE-Abgeordnete zum Beispiel in der Bezirksverordnetenversammlung in Friedrichshain-Kreuzberg oder Anne Engelhardt in Mitte gegen die geplanten Kürzungen Sturm laufen, ist der SPD-LINKE-Senat mitverantwortlich für die Misere: Die

Geldzuweisungen an die Bezirke reichen nicht aus, um die vorhandenen Angebote aufrecht zu erhalten. Damit gibt der rot-rote Senat einfach die Politik weiter, die von der Bundesregierung vorgegeben wird: Bereicherung der Reichen und Konzerne – Ausbluten der Kommunen, der Beschäftigten und Armen. In Berlin-Mitte stimmte die Mehrheit der Fraktion DIE LINKE dem Haushalt sogar zu.

Die Mitverantwortung für Sozialabbau schwächt die LINKE und macht sie unglaubwürdig. Schlimmer noch: Sie fehlt im Widerstand gegen diese Politik. Denn gleichzeitig in der Regierung und in der Opposition – das kann nicht funktionieren. Und angesichts der einheitlichen Politik von CDU/CSU über FDP, Grünen bis zur SPD zugunsten der Unternehmer hat nur konsequente Opposition verbunden mit Massenprotesten eine Chance, Verbesserungen zu erkämpfen. Das bedeutet nicht, Opposition als Selbstzweck zu betreiben. DIE SAV tritt für eine sozialistische Regierung ein, die Politik im Interesse von Jugendlichen, Beschäftigten und Erwerbslosen betreibt. Aber eine Regierungsbeteiligung, die „das kleinere Übel“ im Rahmen des Kapitalismus sein will, ist vor allem eins: Ein Übel. Daher: LINKE raus aus dieser Koalition – rein in den Widerstand! Gemeinsam können wir die Kürzungen bei den Jugendclubs und in anderen sozialen Bereichen stoppen!

Infos, Kontakt und ViSdP: Lucy Redler, c/o SAV, Littenstr. 106/107, 10179 Berlin 030 / 247 238 02

info@sav-online.de www.sozialismus.info